

Bezirksamtsvorlage Nr. 502/ 2024
zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem 20.02. 2024

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage - zur Kenntnisnahme bei der Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache Nr. 1243/VI, Beschluss vom 18.01.2024 betrifft: -

Endlich gegen Autokauf-Visitenkarten vorgehen!

2. Berichtersteller/in:

Bezirksstadträtin Dr. Neumann

3. Beschlussentwurf:

I. Das Bezirksamt beschließt:

die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme - betrifft „Endlich gegen Autokauf-Visitenkarten vorgehen!“ als Schlussbericht. Sie ist bei der Bezirksverordnetenversammlung einzubringen.

II. Bei der Bezirksverordnetenversammlung ist die beigefügte Vorlage zur Kenntnisnahme einzubringen.

III. Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Geschäftsbereich Ordnung, Umwelt, Natur, Straßen und Grünflächen beauftragt.

IV. Veröffentlichung: ja

V. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

a) Personalrat: nein

- b) Frauenvertretung: nein
- c) Schwerbehindertenvertretung: nein
- d) Jugend- und Auszubildendenvertretung: nein

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

Keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

Keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

Keine

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

Keine

9. Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Keine

10. Mitzeichnung(en):

Keine

Bezirksstadträtin Dr. Neumann

Bezirksverordnetenversammlung
Mitte von Berlin

Drucksache Nr.: **1243/VI**

Vorlage - zur Kenntnisnahme -

„Endlich gegen Autokauf-Visitenkarten vorgehen!“

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 18.01.2024 folgendes Ersuchen an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 1243/VI)

Das Bezirksamt wird ersucht:

1. Sich mit dem BA Charlottenburg-Wilmersdorf darüber auszutauschen, wie man dort gegen die gesetzwidrige Werbung von (meist) Autohändlern durch an PKWs befestigte Kärtchen vorgeht.
2. Von den Erfahrungen in Charlottenburg-Wilmersdorf ausgehend, selbst entsprechende Bußgeldverfahren gegen die Verantwortlichen dieser gesetzwidrigen Praxis anzustrengen.

Das Bezirksamt hat am 20. 02. 2024 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Zu 1.

In einem ersten Erfahrungsaustausch mit dem Ordnungsamt des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin wurde die dortige Vorgehensweise zur Ahndung der unerlaubten Verteilung von Werbematerial (Autokauf-Visitenkarten) als Verstoß gegen § 8 Abs. 2 Straßenreinigungsgesetz (StrReinG) hinreichend erörtert.

Zu 2.

Aufgrund der gewonnen Erkenntnisse wird der Allgemeine Ordnungsdienst (AOD) des Bezirksamtes Mitte von Berlin im Rahmen seiner personellen Kapazitäten und unter Berücksichtigung sonstiger Prioritätensetzung Anzeigen gegen die Verantwortlichen fertigen, die dann entsprechend im Bußgeldverfahren nach § 9 Abs. 1 Nr. 5 StrReinG (Ahndung mit Bußgeld bis zu 10.000 €) verfolgt werden.

A) Rechtsgrundlage:

§ 13 i.V.m 36 BezVG

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

Nein

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

Nein

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

Nein

Berlin, den .02.2024

Bezirksbürgermeisterin Remlinger

Bezirksstadträtin Dr. Neumann